



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Vom Reichstage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zu küssen und Ihnen meine Gefühle bleibender, treuer Anhänglichkeit auszusprechen.

Ihre unterthänige

Charlotte v. Schiller.

## Vom Reichstage.

Berlin, 29. April.

Wiederum hat die Woche einen ganz und gar wirthschaftspolitischen Charakter getragen.\*) Die Ausgleichungsabgabenvorlage, deren erste Lesung noch den ganzen Montag in Anspruch nahm, stand am Freitag zur zweiten Berathung; am Sonnabend folgte ihr der Angriff der Schutzzöllner auf das bisherige System der Handelsverträge. Die Fortsetzung der Ausgleichungsdebatte bot keinerlei wesentlich neue Gesichtspunkte; namentlich die zweite Berathung war im Großen und Ganzen eine bloße Wiederholung der in der ersten vorgebrachten Argumente. Der Gegensatz der Meinungen blieb derselbe: die Gegner der Vorlage erblickten in derselben den ersten Schritt auf der Bahn der Rückkehr zum Schutzzoll, die Regierung bestritt dies und bezeichnete die Retorsionsmaßregel vielmehr als einen der Befestigung einer gemäßigten Freihandelspolitik zu leistenden Dienst. Leider stellte sich nur je länger je mehr heraus, daß grade die eifrigsten Fürsprecher für die Regierungsvorlage sämmtlich im schutzzöllnerischen Lager standen. Nichtsdestoweniger dauerte die Unklarheit in der Stimmung des Hauses so hartnäckig fort, daß es bis zur letzten Minute zweifelhaft war, wie die Entscheidung ausfallen würde; ja bis zu einem gewissen Grade ist die Unklarheit selbst nach der Entscheidung bestehen geblieben. Die große Mehrheit von 100 Stimmen, mit welcher der Gesetzentwurf schließlich beseitigt wurde, gestattet keinen sichern Schluß; denn vorher war die Tragweite der Vorlage durch Einschränkung der Ausgleichungsabgabe auf Eisenbahnschienen und ganz grobe Gußwaaren so wesentlich modificirt worden, daß sie für die prinzipiellen Schutzzöllner allen Werth verloren hatte und deshalb auch von ihnen in der namentlichen Abstimmung verworfen wurde. Jenes modificirende Amendement dagegen war mit sehr schwacher Majorität angenommen worden; in der der letzteren gegenüberstehenden großen Minderheit wird man also das eigentliche Contingent der Freunde der Regierungsvorlage zu erblicken haben.

\*) Druckfehlerberichtigung. Im letzten Bericht muß es heißen: S. 192 „gährenden wirthschaftlichen Fragen“ statt „rührenden“; S. 193 „am lautesten“ statt „am buntesten“; S. 195 „1. Januar 1877“ statt „1. Januar 1857.“

Wichtiger indeß als die retrospektive Kritik über den Abstimmungsmodus, ist die Untersuchung der Frage, was dieser Ausgang der Sache bedeute. Man hat von einer schweren Niederlage der Regierung gesprochen; vorher war sogar schon das Gerücht ausgesprengt worden, Minister Camphausen werde im Falle der Nichtannahme des Gesetzentwurfs seine Entlassung nehmen. Angesichts des ganzen Verlaufs der Verhandlungen fällt solches Gerücht in sich selbst zusammen. Sämmtliche Redner, welche den Gesetzentwurf bekämpften, haben als ihren alleinigen Zweck aufgestellt: die Aufrechterhaltung der Grundsätze der bestehenden Handelspolitik. Die Minister Camphausen und Achenbach haben auf das Nachdrücklichste versichert, daß an eine Erschütterung dieser Grundsätze nicht gedacht werde. Wo ist hier ein prinzipieller Gegensatz? Die ganze Differenz dreht sich um eine Zweckmäßigkeitmaßregel, von deren Nothwendigkeit und Ersprießlichkeit die Minister grade die Freunde ihrer Wirthschaftspolitik nicht zu überzeugen vermochten. Noch mehr aber: Wenn man erwägt, wie sich in der Diskussion die Situation gestaltet hatte, wie für die Regierung fast nur die offenkundigsten Feinde ihrer Wirthschaftspolitik eingetreten waren, so, dünkt uns, mögen die leitenden Männer sich im Stillen beglückwünschen, daß man sie noch rechtzeitig von dieser seltsamen Bundesgenossenschaft befreit hat.

Eine schwere Niederlage bedeutete die Entscheidung vom letzten Freitag allerdings, aber lediglich für die schutzzöllnerische Agitation. Und ihre Wucht hat sich verdoppelt durch das unmittelbar am Sonnabend folgende Fiasko des Barnbülerischen Antrags. Der ehemalige württembergische Premier wollte unter einer Reihe die bestehende Zollgesetzgebung tadelnder Erwägungen die Reichsregierung ersucht wissen: „1. kommissarisch die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirtschaft untersuchen zu lassen; 2. vor Beendigung dieser Untersuchung und Feststellung der sich aus derselben ergebenden Resultate, Handelsverträge nicht abzuschließen.“ Der Antrag trug eine ungewöhnlich große Anzahl von Unterschriften; von vielen dieser Namen war notorisch, daß sie nichts weniger als geneigt seien, eine schutzzöllnerische Propaganda zu unterstützen. Man darf heute, ohne zu verlegen, behaupten, daß ein gut Theil der Unterzeichner einfach düpiert worden ist. Die eigentliche Absicht des Antrags, eingebracht in dem Augenblicke, da die Verhandlungen mit Oesterreich über die Erneuerung des mit Ende dieses Jahres ablaufenden Handelsvertrags eröffnet wurden, war keine andere als die Beseitigung des bisherigen, auf dem Prinzip des gemäßigten Freihandels beruhenden Systems der Handelsverträge überhaupt. Diese Tendenz wurde in der Reichstagsverhandlung vollkommen klargelegt. Die Mängel des „historisch gewordenen“ Tarifs gab der Präsident des Reichskanzleramts zu; dagegen be-

stritt er — unter Berufung auf die seit Jahr und Tag vorliegenden Erhebungen des Deutschen Handelstags und sonstiges Material, sowie unter Vorbehalt noch anzustellender Untersuchungen über Specialfragen — die Nothwendigkeit wie die Zweckmäßigkeit, ja bis zu einem gewissen Grade selbst die Möglichkeit der in dem Barnbülerschen Antrage verlangten Generalenquete. Die nächste Folge derselben würde thatsächlich eine zum mindesten zeitweilige Außerkräftsetzung der gegenwärtigen Handelspolitik sein; und dies Bestreben wurde von Herrn Hofmann mit wünschenswerthester Deutlichkeit zurückgewiesen. Um diesen Mißerfolg zu verhüllen, kam einer der Unterzeichner auf den Gedanken, „angesichts der entgegenkommenden Erklärungen der Regierung“ den Antrag zurückzuziehen. Unglücklicherweise schlug dies überschlaue Manöver erst recht zum Verderben der Antragsteller aus. Der Antrag wurde von freihändlerischer Seite wieder aufgenommen, und nunmehr bedachte Karl Braun — nach solch' ungeschickter Taktik allerdings nicht mit Unrecht — die Unglücklichen neben einer sachlichen Widerlegung im reichsten Maße mit der beißenden Lauge seines Spottes. Obendrein legte schließlich auch noch der Präsident des Reichskanzleramts gegen das ihm angedichtete Entgegenkommen Verwahrung ein, und die Schutzöllner gingen vollständig geschlagen nach Haus.

Außer den Zollfragen erledigte der Reichstag die Budgetberathung. Die acuten Schmerzen, welche die Rede Moltke's für „den dreizehnten Hauptmann“ verursacht, sind inzwischen bereits gewichen; der Ernst der Situation aber, welchen sie einmal recht lebhaft zum Bewußtsein brachte, wird bleiben.

## Wie die ultramontanen Polaken jubelten

über den von ihnen schon als sicher gebuchten Rücktritt des Reichskanzlers, zeigt uns das westpreußische Kaplansblatt „Brzvjaziel Ludu“ vom 13. April, dessen sehr charakteristische Ubernheiten wir im Nachstehenden ohne Bemerkungen wiedergeben, da sie für Vernünftige deren nicht bedürfen. Es heißt da: „Die Leute gehen und wechseln. Heute sind sie so groß wie die Eichen, und morgen wirft sie der Sturm zu Boden, und wenn von ihnen einer den Krieg mit der Kirche begann und dachte, daß er die Kirche umstürzen werde, so hat er sicher sich den Kopf an dem Felsen Petri zerschellt. Solche Gedanken drängen sich uns heute auf, wo Bismarck aufgehört hat, der deutsche Kanzler und der allmächtige Herr zu sein. — Die Deutschen bedauern Bismarck nicht, wenigleich das eine große Undankbarkeit ist. — In der großen Welt ist Alles